



Regierungsratsbeschluss vom 27. Juni 2023

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut"; Antrag auf Verlängerung der Fristen gemäss § 19 Abs. 1 IRG; öffentliche Vernehmlassung

P211247

1. Das Präsidialdepartement wird ermächtigt, das öffentliche Vernehmlassungsverfahren zum vorgeschlagenen Entwurf des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA) durchzuführen.

Begründung

Die Initiative «1 % gegen globale Armut» fordert, dass der Kanton Basel-Stadt jährlich Beiträge für internationale Entwicklungszusammenarbeit gewährt, die mindestens 0,3 und höchstens 1 Prozent der kantonalen Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen entsprechen. Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich einen Ausbau der kantonalen Entwicklungszusammenarbeit. Er hat im Sinne eines Gegenvorschlages ein Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA) entworfen, dass nun in die öffentliche Vernehmlassung geht. Zur Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit sieht der Entwurf für die ersten vier Jahre eine Rahmenausgabenbewilligung von 30 Millionen Franken vor.

